

BERLINER RUND SCHAU

CHARAKTERISTISCH • DEUTLICH • UNVERFÄLSCHT

33. Jahrgang • 5. Ausgabe

Juni 2007

Endlich RAUS

aus der Schuldenfalle

Geldzählerbrunnen am Pappelplatz
in der Invalidenstraße (Berlin-Mitte)

CDU-VORSITZENDER INGO SCHMITT:

**ROT-ROT VERSPIELT
DIE CHANCEN BER-
LINS. WIR MÜSSEN
DIE FINANZEN SA-
NIEREN, UM POLITIK
WIEDER ZU GESTAL-
TEN. WOWEREIT MUSS
DIE ANGEBOTE ETWA
VON OETTINGER ZUR
ENTSCHULDIGUNG
NUTZEN**

Bis es quietscht – wollte Rot-Rot zur ersten Legislaturperiode noch sparen. Nach fünf Jahren hatte Berlin 20 Milliarden mehr Schulden. Aber was sollte es auch. Nach Klaus Wowereit ist Berlin ja „Arm, aber sexy“. Die zunehmend mehr Probleme der Hauptstadt sind hausgemacht und wenn dann Hilfsangebote von reicheren CDU geführten Bundesländern kommen, werden die von Berlins Regierenden Bürgermeister schlicht ignoriert.

So kommt die OECD in ihrer jüngsten Studie zu dem Ergebnis, dass Berlin das Schlusslicht unter 284 untersuchten Industrieregionen weltweit bildet. Danach schlagen insbesondere selbst verantwortete Defizite zu Buche, die dazu führten, dass das Bruttoinlandsprodukt in Berlin in den letzten Jahren noch nicht einmal halb so stark gewachsen ist, wie im Bundesdurchschnitt. Der Autor der OECD-Studie, Vincenzo Spiezza, appelliert an die Hauptstadt, sich stärker um die regionalen Ursachen ihrer Wachstumsschwäche zu kümmern und sich nicht nur darauf zu verlassen, von der derzeit in Deutschland herrschenden guten Konjunktur zu profitieren. Eine Auffassung, die der CDU-Landesvorsitzende Ingo Schmitt schon lange vertritt. Er ist besorgt über die wirtschaftliche Entwicklung: „Der rot-rote Senat hat es auch nach knapp sechsjähriger Regierungstätigkeit nicht geschafft, dass immense Potential Berlins zu nutzen und intelligent zu vermarkten. Die Arbeitslosigkeit lag mit 15,9

Prozent im Mai nach wie vor weit über dem Bundesdurchschnitt von 9,1 Prozent. Auch ist die Anzahl der Menschen ohne Job in Berlin im Vergleich zum Vorjahr nur um 11,2 Prozent zurückgegangen, während diese im Bundesdurchschnitt um satte 16,1 Prozent sank. Diese Zahlen machen deutlich, dass Berlin die rote Laterne

beim wirtschaftlichen Aufschwung längst noch nicht abgegeben hat. Da ist es schon eine Farce, wenn die Arbeitssenatorin, Frau Knake-Werner, in einer Pressemitteilung schreibt, die aktuellen Zahlen seien auf die großen Anstrengungen des Senats in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen. *weiter Seite 3*



Überzeugend wiedergewählt. CDU-Landesvorsitzender Ingo Schmitt (r.) und Generalsekretär Frank Henkel (l.). Mehr auf Seite 4



GEFAHR VON LINKS
SEITE 3



UNION VOR ORT
SEITE 5



MIT STEINEN GEGEN
PANZER
SEITE 8

GIPFEL DER UNVERFRORENHEIT



Verwüstungen, brutalste Hetzjagden auf Sicherheitsbeamte, 433 verletzte Polizisten: Der sogenannte „schwarze Block“ der Linksextremen hat in Rostock wieder einmal seine hässliche Fratze gezeigt. Die schweren Ausschreitungen machen deutlich, wie notwendig es ist, konsequent und unnachgiebig gegen diesen militanten Mob vorzugehen.

Doch trotz der Gewaltexzesse fällt der politischen Linken nichts anderes ein, als die staatlichen Sicherheitsvorkehrungen zu verunglimpfen und die Einsatzkräfte in die Rolle des Provokateurs zu drängen. Bündnisgrüne wie Hans-Christian Ströbele und Claudia Roth sind mit solchen Vorwürfen immer schnell zur Stelle. Auch die Linkspartei deutet um, wo sie nur kann. PDS-Mann Gregor Gysi warf der Polizei gar Mitschuld und ‚Eskalationsbestreben‘ vor. Was der PDS-Politiker Bisky zur Debatte beiträgt, ist jedoch an Verlogenheit nicht mehr zu übertreffen. Bisky hat allen Ernstes erklärt, man solle sich ein Beispiel an den Demonstrationen in der DDR nehmen. Die friedliche Protestkultur der DDR müsse erhalten bleiben. Für gewaltfreie Proteste stehe die PDS.

Das ist der Gipfel der Unverfrorenheit. Bisky heftet sich hier einen Orden ans Revers, an dem Blut klebt. Die SED steht für die blutige Niederschlagung des Volksaufstandes am 17. Juni 1953. Sie steht für eine Diktatur, in der vermeintliche ‚Dissidenten‘ weggesperrt und gefoltert wurden. Mit seinem unsäglichen Vergleich verhöhnt Bisky die Opfer der SED-Diktatur und zeigt, dass seine Partei noch immer nicht mit der eigenen Vergangenheit umgehen kann. Deshalb bleibt nur eines zu sagen: Unser demokratischer Rechtsstaat braucht von Herrn Bisky und seinen linkspopulistischen Heuchlern keine Belehrungen.

GEFAHR VON LINKS NICHT AUS DEN AUGEN VERLIEREN

Nach den schweren Ausschreitungen in Rostock warnte die Berliner CDU erneut vor Tendenzen, die Gewalt aus dem links-extremen Spektrum zu verharmlosen.

Es waren hässliche Bilder, die um die Welt gingen. Rund 2.500 Chaoten aus dem linksextremen „Schwarzen Block“ machten die Rostocker Innenstadt am ersten Juniwochenende zu einem Schlachtfeld. 433 Polizeibeamte wurden zum Teil schwer verletzt, davon allein 158 aus Berlin. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Frank Henkel, verurteilte diese Gewaltexzesse scharf: „Linke Chaoten haben mit kaum für möglich gehaltener Brutalität Hetzjagd auf Polizisten gemacht, wobei Messer und ganze Gehwegplatten als Waffen zum Einsatz kamen. Es ist ein Wunder, dass dabei kein Polizist ums Leben kam. Gegen diese Verbrecher muss gezielt und mit aller Härte vorgegangen werden.“

Leider gebe es die bedrohliche Tendenz einiger po-

litischer Bewegungen, bei linker Gewalt wegzuschauen oder sie zu verharmlosen. Niemand dürfe jedoch so tun, als ob keine links-extreme Bedrohung mehr existiere. „Der Blick in den Verfassungsschutzbericht 2006 weist 110 rechts- und 157 linksextreme Gewalttaten aus. Vor diesem Gewaltpotential darf man nicht die Augen verschließen“, warnte der CDU-Politiker. Er verwies zudem auf die Serie von Brandanschlägen, hinter der linke Chaoten vermutet werden. Allein im ersten Halbjahr 2007 brannten in der Hauptstadt über 50 Autos.

Der CDU-Innenexperte: „Die CDU wendet sich gegen jede Form von Extremismus, egal ob es sich um Links-, Rechts- oder Ausländerextremisten handelt.“ Henkel rief die Politiker vor allem linker Parteien, aber auch die Veranstalter von Demonstrationen auf, sich künftig frühzeitig von gewaltbereiten linksextremen Chaoten zu distanzieren. „Das liegt auch im Interesse der Veranstalter, weil durch Bilder von Krawallexzes-

sen der legitime friedliche Protest völlig in den Hintergrund gedrängt wird.“

Auch die rechtsextreme NPD sorgte für Aufregung. Über 100 Anhänger der Partei marschierten während

Verstärkung eintraf und die Lage unter Kontrolle bekam. Henkel kritisierte Innensenator Körting für das planlose Treiben: „Das sind hässliche Bilder, die wir nie wieder sehen wollten. Über den Aufzug hätten die



einer illegalen Demonstration durch das Brandenburger Tor. Polizei und Verfassungsschutz waren von dieser Aktion offenbar völlig überrascht. Die wenigen herbeigeeilten Polizisten wurden einfach beiseite geschoben, bis endlich

Behörden informiert sein müssen. Wir brauchen einen Verfassungsschutz, der über extremistische Bewegungen frühzeitig informiert ist - und nicht eine Behörde, die nur im Nachgang Zeitungsschnipsel auswertet.“

SCIENTOLOGY: IST SICH SENAT DER BEDROHUNG JETZT BEWUSST?



„Scientology – die unterschätzte Bedrohung“
Mittwoch, 20. Juni 2007, 14:00 Uhr
im Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 311
Preußischer Landtag, 10111 Berlin

Nach der monatelangen Verschleppungstaktik von Rot-Rot, in deren Zuge die SPD-Fraktion die von der CDU geforderte Beobachtung der Scientology-Organisation durch den Verfassungsschutz stets als Hysterie abgekanzelt hat, scheint sich der Senat der Bedrohung durch Scientology nun offenbar endlich bewusst zu werden. Zeitungsberichten zu-

folge plant Innensenator Körting (SPD) die Wiederaufnahme der 2003 eingestellten Beobachtung.

„Jetzt müssen schnellstmöglich Taten folgen, nachdem der Innensenator trotz Warnungen der Union viel Zeit verschenkt hat. Ein höherer rechtsstaatlicher Beobachtungsdruck ist in Verbindung mit einer verbesserten Aufklärungsarbeit alternativlos“, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Frank Henkel. Körtings plötzlicher Sinneswandel sei ein Anzeichen dafür, dass er die von der Sekte ausgehende Bedrohung bislang völlig unterschätzt habe, so Henkel weiter. Es bleibe die Frage, was den Innensenator zu seinem Umkippen in dieser Frage bewogen hat. „Der von Körting angeführte

Politlobbyismus der Sekte kann nicht der maßgebliche Grund dafür sein“, machte Henkel deutlich, „für diese Erkenntnis hätte ein Blick in die Verfassungsschutzberichte der anderen Bundesländer gereicht.“ Zudem gäbe es Strategiepapiere der Sekte, wonach der Standort in Berlin als strategischer Brückenkopf in die Parlamente hinein ausgebaut werden soll. „Was diesen Lobbyismus so gefährlich macht, sind viele der dahinterstehenden Ziele, die der Menschenwürde und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zuwiderlaufen. Diese nichtverfassungskonformen Tendenzen muss Körting jetzt klar benennen und die Berlinerinnen und Berliner über die tatsächliche Gefährdung aufklären“, so Henkel abschließend.

GRUNDSÄTZE FÜR DEUTSCHLAND

Berliner Union diskutiert Grundsatzprogramm mit Generalsekretär

Der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla (links im Bild neben CDU-Chef Ingo Schmitt), diskutierte als Vorsitzender der Grundsatzprogrammkommission den Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der CDU mit dem Berliner Landesvorstand. In der lebhaften Diskussion mit den Berliner Unionsfreunden über die „Grundsätze für Deutschland“ kamen alle wichtigen Themen zur Sprache: die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft, moderne Fami-

lienpolitik, demographische Herausforderung, Mindestlohndebatte und globale Umweltprobleme. Unumstritten war dabei die Ausrichtung des Grundsatzprogramms: Deutschland als Chancengesellschaft, in welcher der Staat Freiheit, sowie die persönliche und soziale Sicherheit gewährleistet. Die Grundsatzprogrammdebatte wird in der CDU weiter geführt und mündet im Herbst in einer abschließenden Diskussion auf den Regionalkonferenzen. Weitere Informationen und Möglichkeiten zur Teilnahme an der Diskussion gibt es im Internet.



www.grundsatzprogramm.cdu.de

DEUTSCHLAND WETTBEWERBSFÄHIG MACHEN

Eines der großen Reformprojekte der Großen Koalition hat für die Berliner Rundschau der Bundestagsabgeordnete Peter Rzepka (CDU) zusammengestellt:

Am 25. Mai hat der Bundestag das „Unternehmenssteuerreformgesetz 2008“ mit großer Mehrheit beschlossen. Das Gesetz sieht vor, die Steuerbelastung auf einbehaltenen Gewinne aller



Peter Rzepka

in Deutschland ansässigen Unternehmen ab 2008 auf unter 30 Prozent zu senken. Das bedeutet bei Kapitalgesellschaften eine Absenkung um knapp 9 Prozentpunkte. Dies ist auch dringend nötig, da Deutschland mit einer nominellen steuerlichen Gesamtbelastung von knapp

39 Prozent auf einbehaltenen Gewinne von Kapitalgesellschaften bislang eine Spitzenposition in Europa einnimmt. Die Reform führt dazu, dass wir Mitbewerber wie Frankreich, Großbritannien und Spanien hinter uns lassen und ins steuerliche Mittelfeld vorstoßen werden. In der Folge werden wieder mehr Gewinne in Deutschland entstehen und auch hier versteuert.

Auch Personengesellschaften profitieren, da bei ihnen nicht entnommene Gewinne lediglich mit 28,25 Prozent besteuert werden. Kleine Unternehmen mit einem Betriebsvermögen bis 235.000 Euro können einen steuerfreien so genannten Investitionsabzugsbetrag in Höhe von bis zu 200.000 Euro für zukünftige Inve-

stitutionen bilden. Darüber hinaus wird der Mittelstand durch Freigrenzen und Freibeträge weitgehend von den Maßnahmen zur Gegenfinanzierung ausgenommen. Ein Jahr später – ab 2009 – werden wir die Abgeltungssteuer mit einem einheitlichen Steuersatz von 25 Prozent auf Kapitalerträge und private Veräußerungsgewinne aus Kapitalanlagen (mit Veranlagungswahlrecht für Kleinanleger) einführen. Sie verbessert die steuerlichen Rahmenbedingungen für Kapitaleinkommen und den Finanzplatz Deutschland erheblich.

Insgesamt belaufen sich die Entlastungen auf ungefähr 30 Mrd. Euro, von denen – nach einer Koalitionsvereinbarung – 25 Mrd. gegen zu finanzieren sind. Unter dem Strich werden die Unternehmen um ca. 5 Mrd. Euro entlastet. Wir

verbessern damit die steuerlichen Rahmenbedingungen im internationalen Wettbewerb und schaffen bessere Voraussetzungen für Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland. Zur Gegenfinanzierung führt die Reform allerdings Neuerungen ein wie Zinsschranke, Verlustabzugsbeschränkungen und die Besteuerung von Funktionsverlagerungen. Diese sind in der Praxis bislang nicht erforscht. Sie bergen Gefahren für forschungsin intensive und kapitalschwache Unternehmen. Folgerichtig hat die Bundesregierung zugesagt, die Gesetzes Auswirkungen zeitnah zu überprüfen. Dadurch werden wir Parlamentarier in die Lage versetzt, erforderliche Anpassungen vorzunehmen. Nach der Reform ist also vor der Reform.

Fortsetzung von Seite 1

In machen Bezirken liegt die Arbeitslosigkeit sogar bei knapp 20 Prozent und das obwohl die Stadt – laut OECD – grundsätzlich gute Voraussetzungen hat. Mittlerweile wurde Berlin auch von Brandenburg abgehängt: Dort sank die Zahl der Arbeitslosen zuletzt auf den tiefsten Stand seit 11 Jahren und es gab den deutschlandweit höchsten Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Stellen. Schmitt weiter: „Die Amtszeit Wowereits ist geprägt von Überheblichkeit, Unglück und Unvermögen. Die Konzeptlosigkeit

und verpassten Chancen von Rot-Rot werden letztlich auf dem Rücken der Berliner Bürger ausgetragen. Die Stadt braucht dringend ein wirtschaftspolitisches Rahmenkonzept. Wir laufen ansonsten Gefahr, dass der positive Bundestrend irgendwann endgültig an der Hauptstadt vorbeizieht. Denn derzeit profitiert der Senat schlicht und ergreifend als Trittbrettfahrer eines Wirtschaftsaufschwungs, den wir maßgeblich der von Angela Merkel geführten Bundesregierung zu verdanken haben.“



Opposition handelt für Berlin

Klaus Wowereit (SPD) hatte nicht auf die Hilfsangebote von Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) reagiert. Die Fraktionschefs der Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus Friedbert Pflüger (CDU), Volker Ratzmann, Franziska Eichstädt-Bohlig (beide Grüne) und Martin Lindner (FDP) reagierten dagegen schnell. Auf ihre Initiative hin kam es diese Woche zu einem Treffen mit Oettinger. Dieser stellte Berlin mittelfristig Hilfe für den Schuldenabbau in Aussicht. Wenn in „drei bis acht Jahren“ Bund und Länder keine neuen Schulden mehr aufnehmen würden, könnten Altschulden mit Hilfe eines „Entschuldungsfonds“ getilgt werden, sagte Oettinger nach einem Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden der Berliner Opposition.

IN KÜRZE

Kein Doping mit Steuergeldern

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Pläne zur Überprüfung staatlicher Zuschüsse im Zusammenhang mit den aktuellen Doping-Fällen im Spitzensport durch Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble begrüßt. Auch die Möglichkeit von Rückzahlungen solle dabei geprüft werden.

Kein Alkohol bei Fahranfängern

Mit den Stimmen von CDU/CSU ist im Deutschen Bundestag das absolute Alkoholverbot für Fahranfänger während der ersten zwei Jahre beschlossen worden. Für junge Führerscheinbesitzer ist zudem eine Altersgrenze von 21 Jahren festgesetzt worden. Alkohol gehört gerade bei jungen Menschen zu den Hauptunfallursachen.

SED-Opferrente kommt

Auf Initiative von CDU/CSU haben sich die Koalitionsfraktionen im Bund nun auf weitere Verbesserungen bei den SED-Opferpensionen geeinigt. Während nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums nach dem bisherigen Entwurf nur 16.000 Bedürftige einen Anspruch hatten, kommen jetzt nach Informationen des Bundesfinanzministeriums ca. 33.000 Berechtigte über 60 Jahre und ca. 9.000 Bedürftige unter 60 Jahre in den Genuss der Regelung.

Senioren weiblich

Mit fast 50% der Mitglieder ist die Senioren Union weiblicher als die Mutterpartei und alle anderen Unterorganisationen der CDU mit Ausnahme der Frauen Union. Das teilte der Vorsitzende der SU, Prof. Dr. Otto Wulff mit.

Unterstützung der Parada Rownosci aus Berlin

Auch in diesem Jahr hat der Arbeitskreis der Lesben und Schwulen in der Union (LSU) an der „Parada Rownosci“, dem CSD in Warschau, teilgenommen. Bundesvorsitzender Arndt Lange und der Berliner Landesvorsitzende Eike Letocha konnten dabei auch den Berliner Abgeordneten Sascha Steuer MdB begrüßen.

VOLLE KRAFT FÜR BERLIN



Geschlossen und entschlossen präsentierte sich die Berliner CDU auf ihrem 31. Landesparteitag Mitte Mai im Neuköllner Estrel-Hotel. Die auch in der Presse allseits gelobte wieder gewonnene Einigkeit der Hauptstadtunion zeigte sich insbesondere bei den Wahlen zum Landesvorstand.

So wurde der Landesvorsitzende und CDU-Bundestagsabgeordnete Ingo Schmitt bei den turnusmäßigen Neuwahlen zum Landesvorstand mit eindrucksvollen 84 Prozent wieder gewählt und konnte damit sein großartiges Ergebnis von 2005 wiederholen. Auf dem Delegiertentreffen, das unter dem Motto „Volle Kraft für Berlin“ stand, wurde mit einer überwältigenden Zustimmung von über 90 Prozent auch der erste parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus Frank Henkel in seinem Amt des Generalsekretärs bestätigt. Schatzmeister bleibt der Europaabgeordnete Roland Gewalt mit einem hervorragenden Wahlergebnis von 95,5 Prozent. Breites Einvernehmen herrschte ebenso bei der Wahl zu den stellvertretenden Landesvorsitzenden, die durchweg sehr gute Ergebnisse erzielen konnten. Wieder im Amt sind der ärztliche Direktor des Unfallkrankenhauses Berlin, Prof. Dr. Axel Ekkernkamp (96 Prozent), die Reinickendorfer Bezirksbürgermeisterin Marlies Wanjura (90,7 Prozent), der Soziologe und Zeithistoriker Prof. Dr. Manfred Wilke (87,4 Prozent), die stellvertretende Neuköllner Bezirksbürgermei-

sterin Stefanie Vogelsang (66,8 Prozent) sowie die Stadträte Carsten-Michael Röding aus Spandau (91,9 Prozent) und Joachim Zeller aus Mitte (89,2 Prozent). Neu bei den stellvertretenden Landesvorsitzenden ist der Tempelhof-Schöneberger Stadtrat Bernd Krömer (89,6 Prozent).

„Es gibt ein überzeugendes Wir-Gefühl in der Berliner CDU“, resümierte der Landesvorsitzende Ingo Schmitt. Die Partei habe in den vergangenen zwei Jahren ihre Geschlossenheit und Entschlossenheit wieder gefunden und sich mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Friedbert Pflüger erfolgreich in der Berliner Landespolitik zurückgemeldet. Auch Generalsekretär Frank Henkel lobte die Einmütigkeit des Landesverbandes, betonte aber gleichzeitig die Wichtigkeit und Notwendigkeit inhaltlicher und programmatischer Arbeit innerhalb der Partei. Fraktionschef Pflüger kritisierte in seiner Rede die Versäumnisse des rot-roten Senats, insbesondere die Entsolidarisierung Berlins von den anderen Bundesländern. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) habe das wiederholte Angebot des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger (CDU) zur Entschuldung Berlins bisher ignoriert. „So kann man Berlin nicht regieren“, stellte Pflüger fest, „Wowereit ist lustlos, amtsmüde und starr“. Auch die Option einer „Jamaika-Koalition“ (CDU, FDP und Grüne) wurde auf dem Landesparteitag angesprochen. Pflüger warb dafür, gegenseitige Vorurteile abzubauen. Die Grundüberzeugungen der

CDU dürften dabei jedoch nicht in Frage gestellt werden, betonte Ingo Schmitt. Auch thematisch zeigte sich das breite Einvernehmen der Delegierten. So etwa bei dem Antrag zum Erhalt des Flughafens Tempelhof, der von den Delegierten einstimmig verabschiedet wurde. Dabei

weiß die CDU Berlin 75 Prozent der Berliner Bevölkerung hinter sich, die sich klar gegen die von Rot-Rot beabsichtigte Schließung des City-Airports aussprechen.

Den reibungslosen Ablauf sowie die guten Wahler

gebnisse wertete der Landesvorsitzende Ingo Schmitt als Signal der Einigkeit. Nun gelte es, auch die nächsten zwei Jahre zu nutzen, um mit voller Kraft für Berlin einzutreten, sagte Schmitt in seinem Schlusswort des überaus harmonischen Landesparteitages.



Gratulation nach der Wahl. Frank Henkel, Ingo Schmitt und Friedbert Pflüger (v.l.n.r.)

PRESSESTIMMEN ZUM 31. LANDESPARTEITAG DER CDU

„... tatsächlich sieht es ganz gut aus für die Berliner CDU...“
Berliner Zeitung, 14.05.2007

„Die Berliner CDU hat sich gestern so harmonisch präsentiert wie selten.“
Berliner Morgenpost am Sonntag, 13.05.2007

„Friede, Freude und kein böses Wort. Die Berliner CDU demonstrierte gestern auf ihrem Parteitag im Hotel Estrel Einigkeit (...) Selten waren die

Reihen der Union geschlossener.“
BZ am Sonntag, 13.05.2007

„Geschlossen und kampfeslustig präsentierte sich die Berliner CDU am Sonnabend auf ihrem Landesparteitag im Hotel Estrel in Neukölln.“
Tagessp. am Sonntag, 13.05.2007

„... voller Eintracht...“
taz, 14.05.2007

„Die Landesunion präsentierte sich auf ihrem Parteitag geschlossen wie selten.“
Die Welt, 12.05.2007

„Der Generalsekretär (...) trifft das Herz der Partei.“
Bild, 14.05.2007

„Geschlossenheit wie seit Jahren nicht mehr“
BZ am Sonntag, 13.05.2007



MODERNE PARTEIARBEIT

Statistisch gesehen hat das Kümmerermobil der Berliner Union bereits 100 Meter pro Mitglied in der deutschen Hauptstadt zurückgelegt.

Und der bisher zurückgelegte Weg seit der Anschaffung Ende März ist unbestreitbar erfolgreich gewesen. Und längst ist das Uvo kein UFO mehr sondern eine gern gesehene Möglichkeit, Sorgen, Nöte und Probleme an den Mann oder die Frau zu bringen! „Union vor Ort“, das Konzept, Politik zum angucken, anfassen und ansprechen, geht auf. Manche Fragen konnten sofort beantwortet werden, wie z. B. die nach dem direkten Kontakt zur Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Dank der Ausstattung mit Laptop und mobilem Internetzugang konnte dem Bürger auf dem Stadtfest am Fehrbelliner Platz am 3. Mai direkt geholfen werden. Beim

Turmstraßenfest am 5. Mai bot das Uvo eine gute Kulisse für die CDU in Mitte und ihr Info- und Beratungsangebot, das gut angenommen wurde.

Im Vorfeld des 1. Mai bemühte sich der Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg

sich bereits weit herumgespröchen. Selbst Schulkinder kamen bereits auf das Mobil zu und beklagten den Zustand ihrer Spielplätze und baten um Hilfe.

Wer diese Anfragen ernst nimmt und Lösungen anbietet beweist, dass er auch

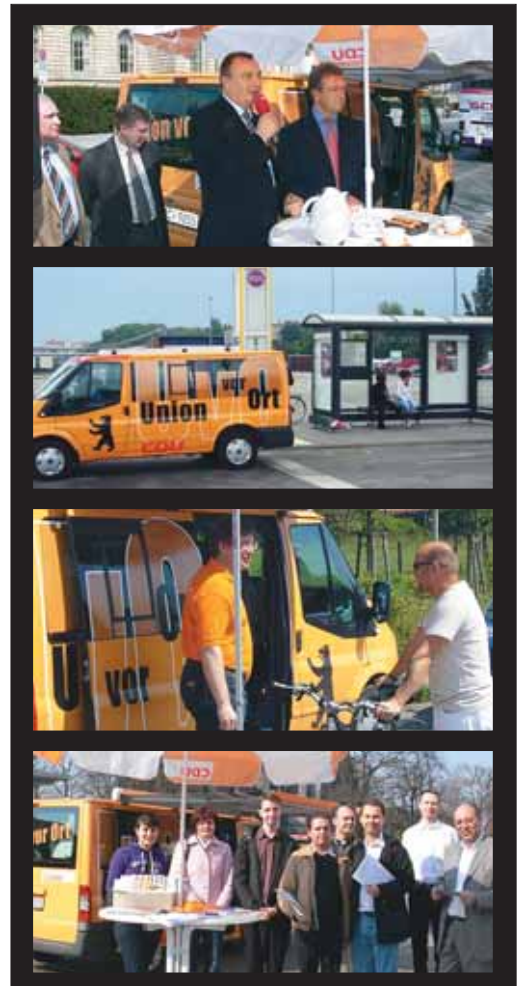
BVG, diversen Behörden gab er auf. Uvo brachte die richtigen Entscheider zusammen und bereits seit Mitte Mai stehen nun die neuen mobilen Warthäuschen der BVG am Platz und erfreuen sich regen Zuspruchs. (Foto)

UNION VOR ORT – IM GESPRÄCH MIT DEM BÜRGER

mit der Rückendeckung des Uvo-Mobil's direkt an der Frankfurter Allee um Aufklärung und Information zum Thema Gewaltprävention zum 1. Mai. Keine Angst vor großen Tieren bewies Gregor Hoffmann (Foto) am 20. Mai beim Tag der offenen Tür VOR der Tür des Tierheims in Hohenschönhausen. Mehr als 10.000 Besucher kamen, wenn auch nicht alle „nur“ wegen Gregor Hoffmann. Die Existenz des Kümmerermobils hat

bei anstehenden Wahlen die bessere Alternative darstellt. Manchmal konnte das Uvo aber auch ganz ohne eigene Präsenz vor Ort Erfolge erzielen. So bat ein Bürger telefonisch um Hilfe im Kampf mit der Bürokratie. Seit mehr als einem Jahr warte er auf Warthäuschen auf der „Bahnhofsplatte“ oberhalb des neuen Fernbahnhofes Gesundbrunnen an der Brunnenstraße. Nach mehrfachen erfolglosen Schriftwechseln mit Bahn,

Das alles sind kleine aber sichtbare Erfolge und Belege für die Richtigkeit der Entscheidung, das Kümmerermobil anzuschaffen. Die ersten 1300 km sind zurückgelegt!



ECHT SAUBER, CDU

Bei der Säuberungsaktion wurden Vorurteile gleich mit entsorgt. Die CDU im Ortsverband Cöpenicker Dammvorstadt hat gezeigt, dass bürgerschaftliches Engagement vor Ort auch mal unkompliziert und schnell Erfolge zeigen können.

begonnen regelmäßig Problemkiese aufzusuchen und konkret Hand anzulegen. Bei unserer Säuberungsaktion entlang des Wuhlewanderweges Nahe dem S-Bhf. Köpenick wurden mehrere Säcke Müll gefüllt. Der festgestellte Mangel an Müllkörben führte zu einem

Zeiten knapper öffentlicher Kassen es zunehmend auf Eigeninitiative ankommt. Nicht jeder Missstand bedarf sofort des staatlichen Einsatzes, sondern auch Vereine, Bürgerinitiativen oder einfache Nachbarschaftshilfe können kleine Probleme oft selbst beheben, sagt Penn. Der rot-rote Senat sei daher schlecht beraten weitere Kürzungen in diesen Bereichen, etwa bei Sportvereinen vorzunehmen, denn so werde den Vereinen die Handlungsgrundlage entzogen und durch Kriminalität und Verwahrlosung folgten deutlich höhere Kosten. Maik Penn ruft die Bürger Trepzow-Köpenicks dazu auf der CDU vor Ort weitere Brennpunkte zu benennen.



Der Vorsitzende des Ortsverbandes der Christdemokraten Maik Penn erklärt: „Im Mai haben wir damit

Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung.“ Penn weist darauf hin, dass in

punkte zu benennen.

maik.penn@arcor.de

ALLES KNUT ?!

Allseits Freude über das durch den Eisbären Knut ausgelöste Interesse am Berliner Tierpark und Zoo. Tierhaltung und Tierzucht sind auch Themen für die Berliner Landespolitik.

Besonders engagiert dabei ist der Lichtenberger CDU-Abgeordnete Gregor Hoffmann. Und er ist einer, der nicht nur redet, sondern

verein Tierpark Friedrichsfelde an. Hoffmann sagte gern zu. Der Erhalt von Tierpark und Zoo als besondere Angebote Berlins liegt Gregor Hoffmann sehr am Herzen. Er fordert, dass die Aufgaben des größten Landschaftstierparks Europas und des Hauptstadt-Zoos wenn auch unter einem Dach, so doch weiterhin an zwei Standorten bestehen



auch anpackt. Er ist schon ein wenig Stolz auf seine Patenschaft für die Elchkuh Lolle im Berliner Tierpark. Der Direktor des Tierparks Dr. Blaszkiewicz sprach den Abgeordneten vor nunmehr fast drei Jahren auf die Idee der Patenschaft und eine Mitgliedschaft im Förder-

bleiben. Hoffmanns Eintreten für die sichere und artgerechte Hundehaltung oder auch Anfragen zu Primatenversuchen in

Berlin zeigen sein Engagement für Tiere. Der CDU-Politiker fordert außerdem vom Senat die Wiedereinführung eines Berliner Tierschutzberichtes und er ist regelmäßig mit den Tierschutzfreunden des Tierheim Berlins im Gespräch.

